

Prinzip Bestbieter bremst kleine Betriebe aus

Bei öffentlichen Aufträgen zählt seit heuer nicht nur der Preis. Vielen kleinen Unternehmen nützt das wenig: Die Schwelle von einer Million Euro ist aus ihrer Sicht zu hoch, die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand schlecht.

Verena Kainrath

Wien – Nicht nur der Preis zählt: Seit dem Frühjahr muss die öffentliche Hand in Österreich ihre Aufträge an den Bestbieter vergeben. Ob im Wohnbau, bei Krankenhäusern oder Schulen: Den Zuschlag erhält, wer auch mit anderen Kriterien, wie sozialen oder ökologischen, überzeugen kann. So will es das Vergabegesetz. Ziel ist es, schwarze Schafe aus der Branche auszusieben und die Qualität im Bau zu erhöhen. Wirksam werden die neuen Regeln ab einem Auftragsvolumen von einer Million Euro. Doch diese Schwelle ist aus der Sicht vieler Gewerbebetriebe hierzulande zu hoch.

Christian Wimmer fordert, diese Grenze auf 50.000 Euro zu reduzieren. Der Chef der Verbände Garant und Wohnunion, die 270 Unternehmen rund um Raumausstattung und Einrichtungshandel vereinen, sieht kleine und mittlere Betriebe bisher in keiner Weise von der Novelle profitieren. Sie kämen bei öffentlichen Aufträgen nur als Subunternehmer zum Zug – für sie gelte nach wie vor allein der Maßstab des billigsten Bieters.

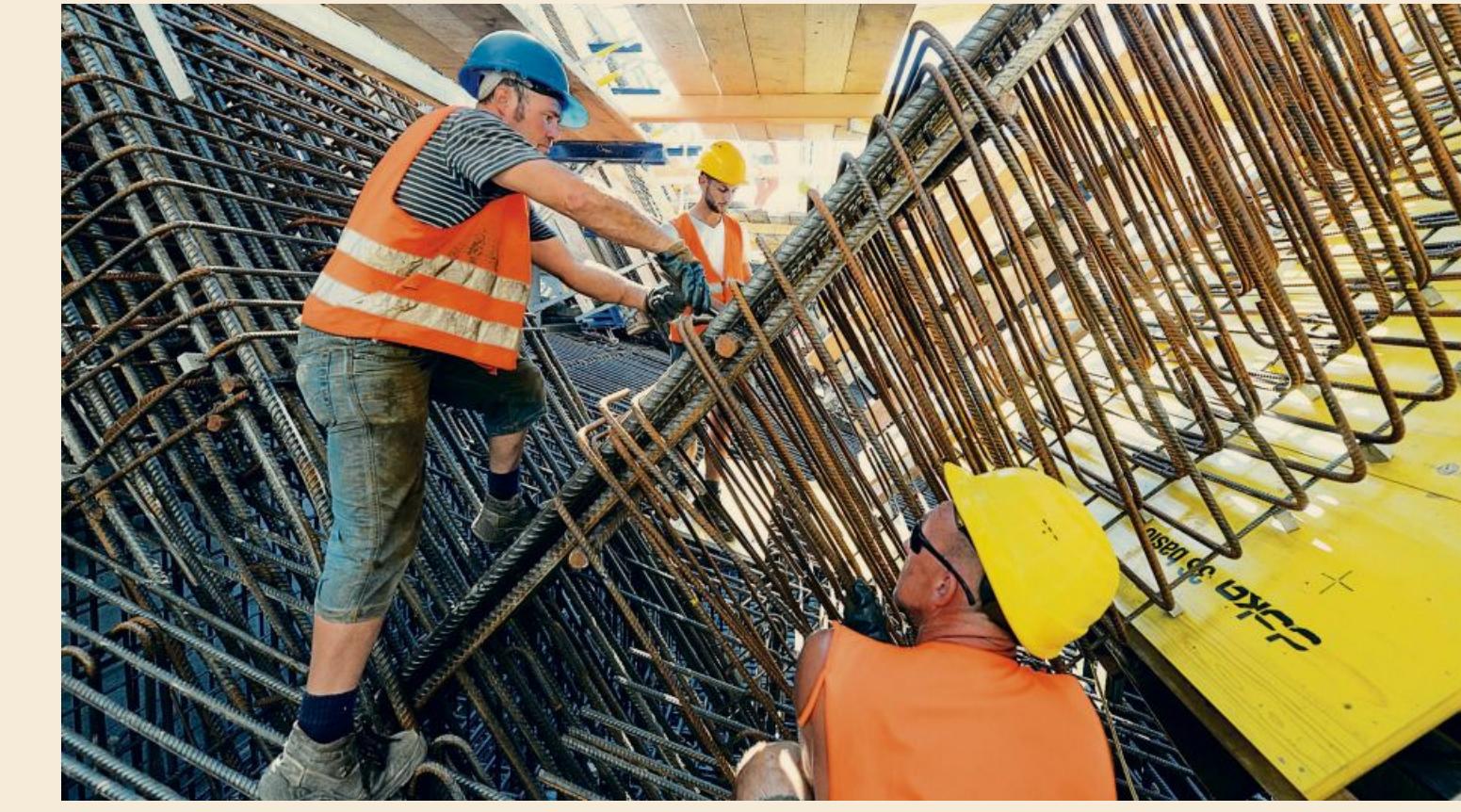


Foto: APA / Roland Schläger

Quadratmeterpreise für neue Immobilien steigen, die Errichtungskosten hingegen sinken, klagen KMU-Vertreter.

„Sieht man Kalkulationen eines Objektors, wird es einem als Betriebswirt schwindlig“, sagt Wimmer. Viele gingen mit einem Minus bei den Deckungsbeiträgen in die Projekte. Sie hofften, die Kurve mit hartem Nachtragsmanagement zu kratzen, oder spekulierten auf eine spätere Aufzahlung für höherwertige Produkte. Doch der Druck auf sie nehme zu. „Obwohl die Quadratmeterpreise für

neue Immobilien steigen, sinken die Errichtungskosten.“ Wimmer macht als Gewinner Bauträger und Generalunternehmer aus. Für das Gewerbe bleibe wenig übrig.

Er appelliert, das Prinzip des Bestbieters für kleine Betriebe durchlässiger zu machen. Die Gefahr wachse ansonsten, dass bei Qualität und Mitarbeitern gespart werde. Auf längere Sicht wüchsen damit die Folgekosten.

Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender in der Gewerkschaft Bau-Holz, hält die aktuelle Grenze von einer Million Euro jedoch für angemessen. Denn Auftraggeber wie Gemeinden könnten die Wahl der Subunternehmen schließlich beeinflussen, sagt er. „Der Ball, welche Firmen die Generalplaner für Angebote einladen, liegt bei ihnen.“ Basis dafür sei die Schwellenwertverordnung: Die öffentliche Hand

darf bis Ende 2018 Aufträge von bis zu 100.000 Euro frei vergeben. Im Bau kann sie für Volumina von bis zu einer Million Euro zumindest drei Unternehmen in einem nicht offenen Verfahren direkt zur Angebotslegung einladen.

Angst vor Absprachen

Kritik, wonach die neue Vergabepraxis Kosten für Steuerzahler durch weniger Wettbewerb nach oben treibe, lässt Muchitsch nicht gelten. „Schwachsinn.“ Die Erfahrung zeige vielmehr, dass sich die Bauprojekte nicht verteuerten, die Qualität aber gestiegen sei.

Für Wimmer führt ein weiterer Weg hin zu klügerer Kalkulation über ein Schweizer Modell: Dieses sieht vor, dass die jeweils teuersten und billigsten Anbieter automatisch aus dem Rennen um Aufträge ausscheiden. „Damit würde sich der Markt rasch beruhigen.“ Muchitsch hat auch daran Zweifel: Der Erfolg in der Schweiz sei von kurzer Dauer gewesen. Manipulation und Absprachen ließen sich damit nicht verhindern.

Was kleinen und mittleren Betrieben bei Aufträgen auf jeden Fall den Rücken stärken könnte, sei eine höhere Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber, ist Wimmer überzeugt. Derzeit würden, bis endlich Geld fließt, die Fristen bis aufs Äußerste strapaziert. „20 Tage früher zahlen – und der Staat erspart sich etliche Konjunkturprogramme.“

Salzburg lockt Start-ups an

Mietzuschuss und Mentorenprojekte für Gründer

Stefanie Ruep

Salzburg – Stadt und Land Salzburg wollen mehr Start-ups anlocken. Förderungen und Mentorenprogramme sollen aus Salzburg die gründerfreundlichste Region Österreichs machen.

Die Stadt Salzburg unterstützt Start-ups mit einem Mietzuschuss. 300 Euro pro Monat gibt es für den ersten neu geschaffenen Arbeitsplatz, 50 Euro für jeden weiteren. Der Zuschuss ist auf zwei Jahre begrenzt. Insgesamt 230.000 Euro sind bis 2019 budgetiert. „Start-ups sorgen für positive Dynamik und Verjüngung am Wirtschaftsstandort, schaffen Arbeitsplätze in spannenden Bereichen wie der Wissenschaft, führen

An „Service-Points“ erhalten Gründer Beratung, etwa für eine „Roadmap“, also einen Entwicklungsplan für die Umsetzung.

Als eine Art Hotspot für die Gründerszene kristallisiert sich das Techno-Z im Stadtteil Itzling heraus. Zuletzt eröffnete das an den Sportartikelhersteller Adidas verkauften Vorzeige-Start-up Run-tastic einen Standort in Salzburg-Itzling. Auch der im Techno-Z eingetragene Coworking-Space zieht junge Kreative an, und im „Happy-lab“, einer offenen Hightech-Werkstatt, kann jeder seine persönliche Produktidee umsetzen. Dazu stehen 3-D-Drucker, Laser-cutter, CNC-Fräse und Schneidplotter zur Verfügung.

Internet-Großputz im Todesfall

Service zur Suche und Beseitigung digitaler Spuren

Wien – E-Mail-Accounts, soziale Netzwerke oder digitale Abos – jeder Mensch hinterlässt im Internet neben Datenspuren auch Vertragsverhältnisse, um die sich Hinterbliebene im Todesfall kümmern müssen. Mit einem digitalen Nachlass-Service bietet nun der Wiener Verein, eine Tochter der Wiener Städtischen, einen Service an, der die Amtswege nach dem Tod eines Angehörigen erheblich verkürzen soll. Der Dienst inkludiert auch die Recherche, wo ein Verstorberne Mitglied war oder welche digitale Vertragsverhältnisse er hatte.

Dazu durchforstet eine Software rund 150 Onlineanbieter und mailt die Ergebnisse an die Hinterbliebenen. Diese entscheiden per Maus-

klick, ob Verträge, Konten oder Mitgliedschaften gekündigt, deaktiviert oder auf die Erben übertragen werden – ohne Zugangsdaten oder Passwörter. Hinterbliebene können sogar festlegen, ob das Screening auch Erotikportale umfasst. Auch Verbindlichkeiten oder Guthaben im Netz werden aufgespürt, nicht aber Online-Banking.

Städtische-General Robert Lasshofer erwartet jährlich rund 20.000 Kunden für diesen Dienst. In Wien kooperiert der Wiener Verein mit der Bestattung Wien, die den Service um 205 Euro anbietet. Wer für seine Bestattung beim Wiener Verein vorsorgt, kann den Service um monatlich bis zu 1,90 Euro buchen. (aha)